

N I E D E R S C H R I F T

über die 15. Sitzung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen

vom:	04.06.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	18:10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Ausschuss für Schul- und Bildungswesen:

Höpfner-Diezemann, Ute - als Ausschussvorsitzende -
Dittert, Katrin
Flohren, Angelika - bis 17.55 Uhr, TOP 4 nÖT -
Gierlich, Michael - für AM Trittman, Klaus -
Groß, Michael
Kesting, Stefan - für von d. CDU-Fraktion noch nicht benanntes ord. Mitglied, bis
17.35 Uhr, Ende TOP 5 öT -
Pfeifer, Joachim
Sallen, Georg - für von d. CDU-Fraktion noch nicht benanntes ord. Mitglied -
Schleifenbaum, Dorothea
Schuß, Lothar
Sintzen, Gerlinde
Wolf, Marianne

II. Beratende Mitglieder:

Ax, Bernd
Bär, Jochen
Bernshausen, Egon
Burk, Friedrich
Dzaak, Evelyne
Elemenler, Muhammed
Jüngst, Werner
Justus, Stefan - bis 16.55 Uhr, TOP 5 öT -
Klein, Irmgard
Krämer, Ingrid

Lange, Günter
Laszlo, Maria
Rosenthal, Achim
Schütte, Brigitte

III. Als Zuhörer:

Faßbender, Dirk
Lachenicht, Irmtrud
Leonhardt, Helgard
Leonhardt, Traugott
Schütte, Klaus

IV. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Beinghaus - Schulamt des Kreises Siegen-Wittgenstein -
Herr Reichel - Schulamt des Kreises Siegen-Wittgenstein, bis 17.30 Uhr, TOP 5 öT -

V. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Sintzen bestimmt.

15. AfSuB 04.06.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Frau Höpfner-Diezemann ist der Ansicht, dass es sich entgegen der Wiedergabe des Wortbeitrages von Herrn Reichel zu TOP 5 öT bei der Erfüllung der sachlichen Voraussetzungen (bei der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe), um den alleinigen Zuständigkeitsbereich des Schulträgers handelt.

Frau Schleifenbaum erachtet ihren Wortbeitrag zu TOP 5 öT als zu gering gewürdigt.

Anmerkung zur Niederschrift:

Kernargumente aus den Äußerungen der Ausschussmitglieder werden nach Möglichkeit in geraffter Form wiedergegeben, um den Umfang der Niederschriften

nicht zu sprengen. Im übrigen wird auf § 15 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Siegen und seiner Ausschüsse verwiesen.

Sodann wird die Niederschrift bei Stimmenenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

15. AfSuB 04.06.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

15. AfSuB 04.06.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

15. AfSuB 04.06.2002

5. Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Vorlagenr. 1951/2002

Der Abwägungsprozess der Entscheidung ist im Ergebnis nicht richtig, so Herr Groß. Die Integration von behinderten Kindern wird in den Grundschulen seit Jahren durchgeführt. Nun gilt es, das Gleiche auch für weiterführende Schulen durchzusetzen. Die auftretenden Probleme sind daher nicht neu. Der Wunsch der Eltern und Kinder auf integrative Beschulung ist auch an weiterführenden Schulen zu erfüllen. Er vermisst eine Stellungnahme des Behindertenbeauftragten der Stadt Siegen.

Die Stellungnahmen des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums und der Sonderschule sind nachvollziehbar, so Herr Sallen. Bei dem Personalmangel an Sonderschulen wird es schwer sein, im Bedarfsfall einen Ersatzlehrer abzustellen. Das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium ist derzeit in einem personellen Umbruch. Weiterhin verfügen die Gymnasiallehrer nicht über eine sonderpädagogische Zusatzausbildung. Auch das Anforderungsprofil an Gymnasien ist anders als an Grundschulen. Weiterhin vertritt er die Ansicht, dass sonderpädagogische Fördergruppen die nicht behinderten Schüler beeinträchtigen. Die CDU-Fraktion der Verwaltungsvorlage daher zustimmen.

Herr Pfeifer beantragt entgegen dem Beschlussvorschlag die dieser Fördergruppe in einer allgemeinbildenden Schule für das Schuljahr 2002/2003. Benachteiligte, in diesem Fall die behinderten Kinder, sind nach Möglichkeit zu unterstützen. Den

Schulen kann die Schaffung einer Fördergruppe zugemutet werden.

Es muss eine sachliche Entscheidung getroffen werden, mahnt Frau Höpfner-Diezemann. Diese muss allen Seiten gerecht werden. Von einer Instrumentalisierung behinderter Kinder darf nicht die Rede sein.

Frau Krämer bedauert die Nichteinrichtung der Fördergruppe. Sie selbst hat viele positive Erfahrung mit Integrationsarbeit in Grundschulen gemacht. Behinderten Kindern in weiterführenden Schulen müssen die selben Chancen eröffnet werden.

Frau Flohren vermisst die menschlichen Gesichtspunkte bei der Abwägung. Gründe für eine Einführung einer Fördergruppe werden zu wenig in Betracht gezogen. Chancengleichheit ist sicherzustellen

Frau Schleifenbaum gibt zu bedenken, dass die behinderten Kinder eine bestmögliche Förderung erhalten sollen. Sie sieht Probleme im breiten Spektrum der Behinderungsarten.

Herr Groß beantragt, eine Arbeitsgruppe zur Thematik zu bilden und ein Beschlussvotum auszusetzen.

Herr Bernshausen befürchtet, dass die Sonderschulen überflüssig werden. Er hält es nicht für sinnvoll eine Fördergruppe zu schaffen, wenn die Rahmenbedingungen noch nicht vorhanden sind.

Lehrer werden immer wieder vor Aufgaben gestellt, die sie nach bestem Wissen zu meistern versuchen, so Herr Reichel. Er votiert zugunsten der sonderpädagogischen Fördergruppe. Er weist darauf hin, dass nur die Kinder aufgenommen werden, die auch Nutzen daraus ziehen. Sonderschulen sollen nicht ins Abseits gestellt werden, da es immer Kinder geben wird, die dort besser gefördert werden können.

Beschlussvorschlag (auf Antrag von Herrn Pfeifer):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003.

Beratungsergebnis: 5 Stimmen dafür (SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 7 dagegen (CDU-Fraktion), 0 Enthaltungen

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Groß):

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen des Rates der Stadt Siegen beschließt, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die weitere Möglichkeiten zur Einrichtung einer Fördergruppe im kommenden Schuljahr erörtert.

Beratungsergebnis: 1 Stimme dafür (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 7 dagegen (CDU-Fraktion), 4 Enthaltungen (SPD-Fraktion)

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Beschlussvorschlag (gemäß Vorlage):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

Beratungsergebnis: 7 Stimmen dafür (CDU-Fraktion), 5 dagegen (SPD-Fraktion, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

15. AfSuB 04.06.2002

6. Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 in der Abteilung 4/1 - Schulverwaltung -

Vorlagenr. 1927/2002

▶▶▶ Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis

15. AfSuB 04.06.2002

7. Einbindung einer Schülervertreterin/eines Schülervertreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Vorlagennr. 1959/2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. AfSuB 04.06.2002

**8. Erweiterung der Realschule Am Hengsberg
hier: Einrichtung**

Vorlagennr. 1960/2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen stimmt der Neueinrichtung, sowie der Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung für die Realschule Am Hengsberg im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

15. AfSuB 04.06.2002

9. Mitteilungen der Verwaltung

Anmerkung zum Protokoll:

Die Ausführungen der Verwaltung sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

▶▶▶ Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt Kenntnis.

15. AfSuB 04.06.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herbert Keßler

Datum
16. Mai 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen	04.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt von der Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe an einer unter Trägerschaft der Stadt Siegen stehenden allgemeinbildenden Schule zum Schuljahresbeginn 2002/2003 abzusehen.

Sachverhalt / Begründung:

1. Definition sonderpädagogischer Fördergruppen

Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I sind eine im Schulverwaltungsgesetz (§ 4 Abs. 6) vorgesehene Möglichkeit zur schulischen Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Sekundarstufe I.

In ihrem Konzept gehen sie, im Gegensatz zum Schulversuch mit „gemeinsamem Unterricht“ in der Sekundarstufe I, zunächst von einem getrennten Unterrichtsangebot für behinderte und nichtbehinderte Kinder aus. Als Teil einer allgemeinen Schule ergeben sich jedoch vielfältige Möglichkeiten, Gemeinsamkeiten zwischen behinderten und nicht behinderten Kindern herzustellen und zu fördern.

Die sonderpädagogische Fördergruppe ist dabei Teil einer allgemeinen Schule. Sie kann in einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule eingerichtet werden.

Für eine sonderpädagogische Fördergruppe sind mindestens 3-4 Kinder erforderlich, als durchschnittliche Größe wird von 8 Kindern ausgegangen. Die Gruppe kann jahrgangsübergreifend gebildet werden. Dieser Gruppe zur Seite gestellt, soll eine Ko-

operationsklasse als „Patenklasse“ gebildet werden, die gemeinsam mit der sonderpädagogischen Fördergruppe Regelklassenstärke nicht überschreitet (als maximal rd. 20 Schülerinnen und Schüler), um auch tatsächlich Plätze für gemeinsame Unterrichtsangebote zur Verfügung zu haben.

Art und Umfang der Einbindung in die Unterrichtsinhalte der Regelschule richtet sich ausschließlich an den Fähigkeiten der Einzelnen in der sonderpädagogische Fördergruppe aus. In der Regel wird der Schwerpunkt der unterrichtlichen Ausrichtung in der sonderpädagogischen Fördergruppe selbst liegen. Hierfür ist eine gesonderte Lehrkraft mit entsprechender Ausbildung vorgesehen.

Dementsprechend ist für die sonderpädagogische Fördergruppe der Unterricht zunächst organisatorisch so zu planen, dass alle Unterrichtsstunden durch die Sonderschulkraft abgedeckt werden können. Im Rahmen der Erstellung eines pädagogischen Programmes sollte darüber hinaus festgelegt werden, wie die Schülerinnen und Schüler der sonderpädagogische Fördergruppe am Schulleben außerhalb des Unterrichtes beteiligt werden können. Hierzu gehört z.B. die Gestaltung von Pausen, die Möglichkeit, Arbeitsgemeinschaften zu wählen, Teilnahme an unterrichtlichen Schulveranstaltungen, an Schulwanderungen, Projektwochen u.ä.

Das **Rahmenkonzept** des Ministeriums für Schule und Weiterbildung des Landes NRW „Sonderpädagogische Fördergruppen in der Sekundarstufe I“ ist der Vorlage beigelegt.

Die Entscheidung, ob eine sonderpädagogische Fördergruppe eingerichtet wird, trifft der jeweilige Schulträger durch entsprechenden Ratsbeschluss. ***Ein Rechtsanspruch gegen den Schulträger (Stadt Siegen) auf Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe besteht nicht.***

Über den sonderpädagogischen Förderbedarf und den schulischen Förderort entscheidet das Schulamt (Kreis Siegen-Wittgenstein), indem es die sonderpädagogische Fördergruppe als geeigneten sonderpädagogischen Förderort benennt. Die Einzelanhörung des Schulträgers bleibt hiervon unberührt.

2. Auftrag des Schulträgers:

Wenn der Bedarf für eine sonderpädagogische Fördergruppe hinsichtlich des Schülersaufkommens festgestellt ist, muss der betroffene Schulträger prüfen, ob in den allgemeinen Schulen der Sekundarstufe I der *notwendige zusätzliche Unterrichtsraum* einschließlich der ggf. *erforderlichen behindertengerechten Ausstattung* zur Verfügung gestellt werden kann. Außerdem muss der Schulträger, analog zur Förderung an einer Sonderschule, die *notwendigen Lehr- und Lernmittel* zur Verfügung stellen. Darüber hinaus sind auch *schulentwicklungsplanerische Gesichtspunkte* (z.B. *Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen u.ä.*) zu prüfen.

3. Aktuelle Ausgangslage:

3.1 Bedarf

Der Stadt Siegen als Schulträger liegen derzeit 6 Anträge auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe vor.

Aufgrund des sich abzeichnenden Bedarfes wurde von der Schulverwaltung der Stadt Siegen gemeinsam mit dem Schulamt für den Kreis Siegen-Wittgenstein am

19. Dezember 2001 ein Informations- und Diskussionsgespräch für die Schulen der Sekundarstufe 1 durchgeführt. Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen wurde im Rahmen einer mündlichen Berichterstattung mit anschließender Diskussion in seiner Sitzung am 21.03.2002 informiert.

Die zur Zeit vorliegenden Anträge betreffen durchweg Kinder, die bisher in der Primarstufe (Grundschulen) im Rahmen des gemeinsamen Unterrichtes beschult wurden.

Das schulträgerspezifische Anforderungsprofil für die Kinder ist nach Auskunft der Schulaufsichtsbehörde wie folgt angegeben:

Vorname:	Sonderpädagogischer Förderbedarf	Art des Schülerfahrverkehrs	Besondere Lehr- und Lernmittel	Behindertenspezifische Baumaßnahmen/-vorgaben
Abdurrahman	Lernbehinderung	Fahrtkosten	Fördermaterialien	-
Felek	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-
Christiane	Körperbehinderung evtl. auch Lernbehinderung	Schülerspezialverkehr (später evtl. Fahrtkosten Linienverkehr)	Fördermaterialien aus Bestand	-
Jana	Körperbehinderung (Lernbehinderung)	Schülerspezialverkehr (z.Zt. durch Eltern)	Laptop und Fördermaterial vorhanden	Rollstuhlfahrerin, Klasse ohne Treppengang
Ahmed	Körperbehinderung	Spezialverkehr mit Zivi-Begleitung	-	-
Gülbeck	Geistige Behinderung	Schülerspezialverkehr	Fördermaterialien für GB-Kinder	-

3.2 Prüfung der sächlichen Voraussetzungen

Wie bereits unter Punkt 2 ausgeführt, muss der Schulträger u.a. prüfen, ob er die räumlichen und sächlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe erfüllen kann.

Unproblematisch dürfte hierbei der zusätzliche Aufwand für den Schülerfahrverkehr sowie die Beschaffung der besonderen Lehr- und Lernmittel sein.

Bezüglich des Schülerfahrverkehrs ist zunächst festzuhalten, dass in der Regel bei den vorliegenden Anträgen auch Fahrtkosten bei Besuch einer Sonderschule anfallen würden. Die Höhe des Mehrbedarfes aufgrund der geänderten Entfernung dürfte sich nach vorläufiger Einschätzung unter 2.000 €/Jahr bewegen.

Für die Anschaffung einer Grundausstattung an Fördermaterialien schlägt die Schulaufsicht einen Betrag von 2.000 € im ersten Jahr und 1.000 € in den Folgejahren (Ergänzungsbedarf) vor.

Ähnlich wie bei der Zustimmung für den Gemeinsamen Unterricht sollte auch hier die Stadt Siegen als Schulträger ihre Zustimmung zur Aufnahme in die sonderpädagogische Fördergruppe davon abhängig machen, dass Kosten für zusätzliches therapeutisches oder pflegerisches Personal und Zivildienstleistende der Stadt Siegen als Schulträger nicht entstehen. Nach der derzeitigen Rechtsprechung müssen diese Kosten damit vorbehaltlich einer abweichenden Rechtsprechung zur Klärung über bestehende Erstattungsansprüche des Sozialhilfeträgers gegenüber dem Schulträger vom zuständigen Sozialhilfeträger getragen werden.

Problematisch gestaltete sich die **Suche nach geeignetem Schulraum**. Hierzu wird auch auf die Gebäudedaten und Bedarfsrechnungen im Schulentwicklungsplan

der Stadt Siegen 1998 bis 2003 verwiesen. Für den Bedarfsabgleich wurde dort der schulische Bedarf an Räumlichkeiten in einen Abgleich mit den Raumprogrammempfehlungen für Schulen der jeweiligen Größe gebracht. Dieser Abgleich wurde als einzige vergleichbare und neutrale Bewertung angewandt, wohl wissend, dass die Raumprogrammempfehlungen des Landes unterhalb der tatsächlichen Bedarfe der Schulen liegen. Hierzu sei an fehlende Differenzierungsräume, besondere Raumbedarfe wie z.B. Streitschlichtung u.a. erinnert. Dies bedeutet in der Praxis aber auch, dass die „rechnerisch vorhandenen“ Freikapazitäten in der Schulentwicklungsplanung faktisch schulisch genutzt werden und auch bedarfsgerecht genutzt werden. Die schulische Argumentation eines höheren Bedarfes als das Raumprogramm vorsieht, ist pädagogisch nochvollziehbar und auch begründet. Sie gilt jedoch für alle Schulen in der Stadt Siegen, würde also zum Beispiel auch auf die als „frei“ bezeichneten Räume der beiden Hauptschulen zutreffen. Der Abgleich mit dem Raumprogramm zeigt im Umkehrschluss aber auch die Raumknappheit der Siegener Schulen insgesamt. Das hier im Gefolge des Rückganges der Schülerzahlen insgesamt bei gleicher Gebäudesubstanz keine Entspannung aufgetreten ist, liegt neben einer Entzerrung der Überbelegungen aus der Vergangenheit auch in den schulisch erforderlichen „neuen Raumangeboten“ wie zum Beispiel „Neue Medien“ u.ä. begründet. In der Schulentwicklungsplanung wurden 4 Schulen auf der Basis der Raumprogrammempfehlungen mit geringen „Freikapazitäten“ errechnet.

Dies waren im Erhebungszeitraum (1997/98):

Haardter-Berg-Schule (Hauptschule)

Winchenbachschule (Hauptschule)

Realschule Am Häusling und

Peter-Paul-Rubens-Gymnasium.

Die aktuellen Schülerzahlenentwicklungen haben keine weiteren „Freikapazitäten“ bei anderen Schulen der Sekundarstufe I ergeben. Gegenüber der damaligen Erhebung sind aktuell folgende Entwicklungen mit räumlicher Relevanz eingetreten.

Hauptschulen:

Die Zahl der Hauptschülerinnen und Schüler sind leicht steigend (vergleiche auch Darstellung der räumlichen Situation der Hauptschulen im Zusammenhang mit der Vorlage „Erweiterung der Hauptschulen Eiserfeld und Achenbach“ – Rat 24.4.2002-) Während die Hauptschulen Albertus-Magnus-Schule, Achenbacher Schule, Eiserfeld und Geschwister-Scholl-Schule Raumfehlbedarfe haben, wäre bei den Hauptschulen Haardter Berg und Winchenbach nach derzeitigem Erkenntnisstand im Schuljahr 2002/2003 rechnerisch jeweils ein Klassenraum verfügbar. Diese Räumlichkeiten wurden bisher von dem Weiterbildungskolleg (ehemals Abendrealschule/Abendgymnasium der Stadt) für die Durchführung von Vormittagsunterricht belegt. Sofern die Schülerzahlenentwicklung beider Schulen konstant bleibt, ist davon auszugehen, dass diese (rechnerische) Freikapazität mit dem Schuljahr 2003/2004 nicht mehr vorhanden ist. Für die Haardter-Berg-Schule ist davon auszugehen, dass aufgrund einer erforderlichen weiteren Trennung eines bestehenden Klassenjahrganges zum Schuljahr 2002/2003 diese „freie“ Kapazität bereits mit dem Schuljahresbeginn nicht mehr vorhanden ist.

Beide Schulen kommen jedoch für die Anbindung einer sonderpädagogischen Fördergruppe auch nicht in Betracht, da die baulichen Voraussetzungen (behinderten/rollstuhlgerecht) fehlen und nur mit hohem Aufwand nachträglich erfüllt werden könnten. In Vorgesprächen haben zudem die jeweiligen Schulleitungen zusätzlich ihren hohen Integrationsaufwand im schulformbezogenen Unterricht geltend gemacht.

Realschulen:

Wie bereits in der Schulentwicklungsplanung verdeutlicht, haben die Realschulen keine Raumkapazitäten frei. Die im Ausblick auf die mittelfristige Schulentwicklung dargestellten Erhöhungen der Schülerzahlen haben mittlerweile zu Raumengpässen bei allen Realschulen und einer Vielzahl von Doppelnutzungen der vorhandenen Räumlichkeiten geführt, die sich zum Teil hart an der Grenze eines funktionierenden Fachunterrichtes bewegen. Perspektivisch wäre nach Fertigstellung des Erweiterungsbaues und der Umbaumaßnahmen der Realschule Am Hengsberg für diese Schule eine neue Bewertung sinnvoll.

Gymnasien:

Auch hier sind nur geringfügige Änderungen gegenüber der aufgezeigten Entwicklung im SEP 1998 – 2003 eingetreten. Zusätzliche Raumkapazitäten haben sich nicht ergeben. Die geringfügigen Veränderungen in den Schülerzahlen haben sich nicht auf die Raumbedarfe, sondern bestenfalls auf die Klassenstärken ausgewirkt. Zwar sind die Schülerzahlen gerade des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums gegenüber der Prognose um 63 Schülerinnen und Schüler (Stand Schuljahresstatistik 2001/2002) gestiegen, dennoch ist diese Schule derzeit das einzige Gymnasium, dass im Abgleich zu den Raumprogrammempfehlungen aktuell noch einen Raumüberhang (1-2 Räume) aufweist. Dem steht die schulische Rückmeldung auf fehlende räumliche Differenzierungsmöglichkeiten aus der bereits in der Vorlage aufgezeigten Nichtberücksichtigung bestimmter Raumbedarfe im Raumprogramm gegenüber. Im Vergleich bleibt die Schule daher derzeit als die einzige Einrichtung dieser Schulform, die räumlich eine sonderpädagogische Fördergruppe aufnehmen könnte.

Gesamtschulen:

Die zwei Gesamtschulen der Stadt Siegen liegen minimal unter dem Bedarf nach der Raumprogrammempfehlung. Freikapazitäten sind nicht vorhanden. Die Zahl der Gesamtschüler wird seit Jahren von der Anzahl der vorhandenen Kapazität bestimmt. Neben den fehlenden Raumreserven würde die Reduzierung der Schülerzahl der „Patenklasse“ die Zahl der jährlichen Schülerabweisungen erhöhen und die Mangelsituation weiter verschärfen.

Bauliche Sonderanforderungen:

Bei den Antragstellern auf Beschulung in einer sonderpädagogischen Fördergruppe ist eine Rollstuhlfahrerin vertreten. Daher muss das Schulgebäude so ausgerichtet sein, dass zumindest der Betreuungs-/Klassenraum rollstuhlgerecht erreichbar ist und möglichst viele weitere Unterrichtsangebote räumlich erreichbar sind. Entsprechend war die Erreichbarkeit des Schulgebäudes und der Räume mit in die Überlegungen einzubeziehen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass keine Schule der Sekundarstufe 1 unter Trägerschaft der Stadt Siegen von der Zuwegung und den Räumlichkeiten ein Komplettangebot einschließlich Fachräumen und Sport für Rollstuhlfahrer ermöglicht. Bei vielen Schulen (z.B. Winchenbachschule, Gymnasium auf der Morgenröthe, Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium, Gesamtschule Eiserfeld usw.) ist bereits ein Erreichen der Schule oder auch nur eines Klassenraumes für Rollstuhlfahrer ausgeschlossen. Lediglich das Gymnasium Am Löhrtor (Treppenlift), das Peter-Paul-Rubens-Gymnasium (Fahrstuhl) und eingeschränkt die Bertha-von-Suttner-Gesamtschule (Rampe) sind teilweise rollstuhlgerecht ausgebaut. In dem Erweiterungsbau der Realschule am Hengsberg ist der Einbau eines Fahrstuhles enthalten.

Räumliches Fazit:

Auch bei Berücksichtigung der –berechtigten- räumlichen Bedenken der Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums könnte derzeit keine andere Alternative aufgezeigt werden, als die sonderpädagogische Fördergruppe an diesem Gymnasium anzusiedeln. Hierbei müssten die berechtigten Bedenken der Schulleitung jedoch unberücksichtigt bleiben.

3.3 Bewertung der schulentwicklungsplanerischen Auswirkungen:

Die Bildung einer sonderpädagogischen Fördergruppe hat zunächst direkte Auswirkungen auf die bestehenden Sonderschulen sowie die aufnehmende Schule.

Für die Sonderschulen unter städtischer Trägerschaft kann festgehalten werden, dass die Bildung *einer* Gruppe zu keiner Bestandsgefährdung der bestehenden Sonderschulen führt. Dieser Aspekt ist jedoch in der Zukunft bei weiteren Anträgen jeweils im Einzelfall erneut zu werten.

Sowohl die Schulleitungen der Sonderschulen als auch die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums sind im Vorfeld um Stellungnahme zu der geplanten Einrichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe aufgefordert worden. Diese Stellungnahmen liegen der Vorlage bei.

Die sich im Einzelnen ergebenden Bedenken sind aus Sicht der Schulverwaltung zumindest teilweise nachvollziehbar und in die Entscheidungsfindung einzubeziehen, wobei eine inhaltlich pädagogische Wertung nicht in das Aufgabenfeld der Schulverwaltung fällt, sondern in jedem Einzelfall durch die Schulaufsicht gewichtet wird bzw. gewichtet wurde. Unstrittig war in der Beratung des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen am 21.03.2002 die Wertung, dass bei den allgemeinbildenden Schulen aufgrund fehlender spezifischer räumlicher und sächlicher Ausstattung und unterschiedlicher pädagogischer Ausbildungsschwerpunkte der Unterrichtenden in der Vermittlung schulischen Wissens ein Qualitätsverlust in der schulischen Einzelförderung der Kinder der sonderpädagogischen Fördergruppe gegenüber einer schulischen Förderung in einer spezialisierten Sonderschule zu erwarten sei. Die Eltern/Erziehungsberechtigten haben sich auch vor dem Hintergrund dieser Information durch die Schulaufsichtsbehörde für diese Form der Beschulung entschlossen, wobei hauptsächlich als Grund der Wunsch auf eine Teilnahme und ein frühzeitiges möglichst umfangreiches Lernen des Lebens in der Gesellschaft mit ihren Rahmenbedingungen ausschlaggebend war. Hierbei sei am Rande bemerkt, dass Erfahrungen anderer Schulträger mit diesem Beschulungsmodell sehr stark auch die positiven Erfahrungen der Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrer der aufnehmenden Schule hervorheben.

Ein verstärktes Augenmerk bei den Bedenken der Sonderschulen ist sicherlich auf die personellen Probleme dieser Schulform zu legen, da aus dem Bestand des dortigen Lehrpersonals kurzfristig (am nächsten Tag) Vertretungspersonal bei einer Erkrankung der Fachkraft der sonderpädagogischen Fördergruppe zu stellen ist. Alternativen hierzu bestehen jedoch nicht.

Die Schulleitung des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums wurde nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Gegebenheiten (siehe vorherige Ausführungen) von der Schulverwaltung angesprochen, eine gesonderte Informationsveranstaltung unter Einbindung der Schulaufsicht ist im Rahmen einer Schulkonferenzsitzung im Februar 2002 erfolgt,

die Schulleitung hat nach weiteren Gesprächen mit Schreiben vom 02.05.2002 (Anlage) eine Stellungnahme abgegeben. Auch hier können die durchaus nachvollziehbare Bedenken aus pädagogischer Sicht nicht im Einzelnen und umfassend durch den Schulträger gewertet werden. Angemerkt werden muss jedoch, dass aufgrund der zieldifferenten Unterrichtung das Ministerium bewusst keine Einschränkung der Schulform vorgesehen hat und es auch bereits vereinzelt sonderpädagogische Fördergruppen an Gymnasien gibt.

Unabhängig von der Schulform ist festzuhalten, dass das im Rahmenkonzept vorgesehene pädagogische Konzept erst noch mit der Schulaufsicht erarbeitet werden muss. Dies ist jedoch antragsunschädlich und kann durchaus der Bezirksregierung nachgereicht werden, da dort bekannt ist, dass gerade bei einer Neueinrichtung und der damit verbundenen Erstaufnahme aller Kinder dieses Konzept in der Regel erst in Abhängigkeit der Gruppenzusammensetzung erarbeitet werden kann.

4. Fazit:

Nach Wertung des in der Vorlage dargestellter Sachverhaltes empfiehlt die Verwaltung aufgrund der räumlichen Situation und der aufgezeigten Bedenken von einer Errichtung einer sonderpädagogischen Fördergruppe zum Schuljahr 2002/2003 abzusehen.

Wenngleich die Interessenlage der betroffenen Kinder und deren Erziehungsberechtigten nachvollziehbar und erfüllungswert ist, sieht sich die Verwaltung derzeit außerstande, eine für die betroffenen bestehenden Schulen vertretbare Lösung des Zielkonfliktes zugunsten einer Angebotserweiterung für die behinderten Kinder anzubieten.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
4.000 €	3.000 €	100 %	entfällt	<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002 ff	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle verschiedene
-----------------------------------	--	-------------------------------	----------------------------------	------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 3
Rahmenkonzept des Ministeriums
Stellungnahme des Peter-Paul-Rubens-Gymnasiums
Stellungnahmen der Sonderschulen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Klaus

Datum
06.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

04.06.2002

Betreff:

**Bericht über den Haushaltsvollzug per 30.04.2002 in der Abteilung 4/1 -
Schulverwaltung -**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen nimmt den Sachstandsbericht zum Haushaltsvollzug per 30.04.2002 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

In der nachfolgenden tabellarischen Übersicht zum Haushaltsvollzug im **Verwaltungshaushalt** werden das Abteilungsbudget sowie der Bewirtschaftungsstand zum 30.04.2002 ausgewiesen.

Die Darstellung umfasst darüber hinaus die Prognosen der Abteilung zum voraussichtlichen Jahresabschluss und die daraus resultierenden Abweichungen zu der vom Rat der Stadt Siegen beschlossenen Soll-Vorgabe.

Die Berichterstattung über die Budgetabwicklung erfolgt verwaltungseinheitlich nach vorgegebenen Einnahme- und Ausgabearten des Verwaltungshaushaltes. Die persönlichen Ausgaben lt. SN A sind Bestandteil der zentralen Berichterstattung über den Gesamthaushaltsvollzug.

Sofern die Prognose zum voraussichtlichen Jahresergebnis in erheblichem Umfang (negativ) von der Budgetvorgabe 2002 abweicht, sind die maßgeblichen Gründe hierfür erläutert. Andererseits wird in der Konsequenz aufgezeigt, durch welche Entscheidungen (z.B. Verzicht auf die Durchführung vorgesehener Maßnahmen der Höhe und/oder dem Grunde nach) das beschlossene Budget in 2002 eingehalten werden könnte:

Verwaltungshaushalt:

	HH-Soll €	AO-Soll 30.04.2002 €	AO-Soll 31.07.2002 €	AO-Soll 31.10.2002 €	Prognose zum Jahres- ergebnis €	Abweichung der Prognose vom H.-Soll
Steuern, Allg. Zuweisungen	0	0			0	0
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	302.870	197.321			393.811	90.941
Sonstige Finanzeinnahmen	0	0			0	0
Einnahmen gesamt	302.870	197.321	0	0	393.811	90.941

Sonstige Personalausgaben	0	0			0	0
Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand	9.762.750	3.785.691			9.783.854	21.104
Zuweisungen und Zuschüsse	140.070	78.867			224.147	84.077
Sonstige Finanzausgaben	0	0			0	0
Ausgaben gesamt (ohne SN A)	9.902.820	3.864.558	0	0	10.008.001	105.181

Zuschuss (-) / Überschuss (+)	-9.599.950	-3.667.237	0	0	-9.614.190	14.240
--------------------------------------	-------------------	-------------------	----------	----------	-------------------	---------------

Erläuterungen zu Abweichungen:

Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb: Die erhöhten Einnahmen resultieren im Wesentlichen aus höheren Landeszuweisungen aufgrund vermehrter Betreuungsangebote sowie zu einem geringen Teil aus höheren Mieteinnahmen. Die Mehreinnahmen aus dem Bereich der Betreuungsangebote (84077 €) fließen bei den Ausgaben in gleicher Höhe ein (Zuweisungen und Zuschüsse).

Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand: Die Überschreitung hängt neben den Mehrausgaben bei den Betreuungsangeboten im Wesentlichen mit erhöhten Aufwendungen bei der Unfall- und Haftpflichtversicherung (19565 €) zusammen.

Fazit:

Die geringfügige Überschreitung (14240 €) des Budgetrahmens wird voraussichtlich aufgefangen werden können.

Vermögenshaushalt:

Die Ausgaben des Vermögenshaushaltes werden sich nach derzeitigem Kenntnisstand im Rahmen des Haushaltssolls bewegen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

i.A.

Körper

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Klaus

Datum
16.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen	04.06.2002
Haupt- und Finanzausschuss	05.06.2002
Rat	19.06.2002

Betreff:

Einbindung einer Schülervertreterin/eines Schülervertreters in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Hannes Gieseler als ordentliches beratendes Mitglied, Herrn Tobias Schuster als stellvertretendes beratendes Mitglied sowie Herrn Florian Giermann als Nachfolger von Herrn Schuster in der Stellvertretung.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Beschluss vom 28.04.2000 hat der Rat der Stadt Siegen Herrn Muhammed Elementer als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Dirk Faßbender als stellvertretendes beratendes Mitglied für die Dauer der Schulzeit (ca. 2 Jahre) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen gewählt.

Nach Ablauf der Wahlzeit haben die Schülersprecherinnen und Schülersprecher der städtischen Schulen im Rahmen einer Informationsveranstaltung Herrn Hannes Gieseler (Bertha-von-Suttner-Gesamtschule) als beratenden sachkundigen Vertreter und Herrn Tobias Schuster (Fürst-Johann-Moritz-Gymnasium) als Stellvertreter gewählt.

Nach Ablauf etwa eines Jahres wechselt die Stellvertretung auf Herrn Florian Giermann (Peter-Paul-Rubens-Gymnasium).

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input checked="" type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	--	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
 Stadtrat

Anlagen: keine

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Schulverwaltung
Bearbeitet von: Herrn Zenses

Datum
16.05.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

04.06.2002

Betreff:

Erweiterung der Realschule Am Hengsberg

hier: Einrichtung

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schul- und Bildungswesen stimmt der Neueinrichtung, sowie der Ergänzungs- und Ersatzbeschaffung für die Realschule Am Hengsberg im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen und dem damit verbundenen dreizügigen Ausbau wird derzeit an der Realschule Am Hengsberg ein Erweiterungsbau und eine Einfachsporthalle errichtet.

Mit der Fertigstellung der Baumaßnahme ist Ende des Jahres 2002 zu rechnen.

Im Einzelnen sind im Erweiterungsbau folgende Maßnahmen schwerpunktmäßig vorgesehen:

Raumbezeichnung	Bedarf an Einrichtungsgegenständen	Kosten
12 Klassenräume	90 Schülertische, 180 Schülerstühle (für 6 Klassen) für die restlichen 6 Klassen wird das vorhandene Klassengestühl aus den Pavillons benötigt. 12 Klassenschränke, 12 Tafeln, Lehrerschreibtische und Stühle usw.	40.000,00 €

1 Bibliothek	Bücherregale, Tische, Stühle und Schränke	20.000,00 €
1 Musikraum	16 Schülertische, 32 Schülerstühle, 3 Musikschränke, 1 Musikanlage, 1 Tafel	7.000,00 €
1 Informatikraum	17 Schülertische, 34 Schülerstühle, 1 Tafelanlage, 1 Video- und Datenprojektor, 3 Klassenschränke	7.000,00 €
3 naturwissenschaftl. Übungsräume (Chemie, Physik und Biologie) 3 Sammlungsräume	42 Tische, 84 Schülerstühle, Aufbewahrungsschränke, Ergänzung der Geräte für Versuche.	40.000,00 €
1 Einfach-Sporthalle	bewegliche Turn- und Sportgeräte, Ballmaterial und Kleingeräte	70.000,00 €

Insgesamt:

184.000,00 €

Die entsprechende Erstabstimmung mit der Schulleitung hat stattgefunden.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
358.000,00 €				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input checked="" type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 200.000,00 €	Haushaltsstelle 1.220.9356.5
--	-----------------------------------	-------------------------------	---	---------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: keine